

WO STEHEN WIR?

# Wächter und Berater

## Der Europäische Rechnungshof spielt eine zentrale Rolle in der EU - Auch für die Demokratie

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht am 1. November 1993 steht der Europäische Rechnungshof als vollwertiges Organ der Europäischen Union auf einer Stufe mit der EU-Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europaparlament.

Vor zwanzig Jahren nahm die Institution, die seit 1977 auf Kirchberg beheimatet ist, eine kruziale Etappe in seiner Geschichte, die allerdings bereits Ende der 1960er, Anfang der 1970er begann.

Damals rief das Europaparlament nach einer externen Prüfungsstelle für die rasch anwachsenden Finanzen der Europäischen Gemeinschaften, nachdem der interne Kontrollausschuss, der sich damit befasste, an seine Grenzen gestoßen war.

Es ging aber nicht allein um materielle Unterstützung, sondern auch um eine Stärkung der Demokratie: Den Bürgern der Mitgliedstaaten, die den europäischen Haushalt fast exklusiv durch ihre Steuerabgaben finanzieren, sollte eine unabhängige Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben garantiert werden. Vitor Caldeira, der aktuelle Vorsitzende des Rechnungshofs, in dem jeder EU-Mitgliedstaat einen Vertreter hat, unterstrich gestern wiederum dieses Ziel bei der Vorstellung des Prüfberichts 2012 des „finanziellen Gewissens“ der Union.

Stichprobenartig nimmt der Rechnungshof jährlich über 1.000 Transaktionen im Rahmen der mittlerweile nahezu 140 Milliarden Euro hohen Gesamtausgaben der Union unter die Lupe. Längst nicht alle werden rechtmäßig oder ordnungsgemäß verbucht. Im Durchschnitt wurde eine Fehlerquote von 4,8% bei den jährlichen Ausgaben 2012 fest gestellt, die höchste seit 2009. Das bedeutet im Klartext, dass über sechs Milliarden Euro ausgegeben wurden, ohne dass alle Regeln

für die Vergabe erfüllt gewesen wären. Dadurch, dass der Rechnungshof die Finger in die Wunden legt, trägt er entscheidend zur Verbesserung des Managements des Unions-Haushalts bei, sowie zur Steigerung von dessen Transparenz und Effizienz. Das sind natürlich besonders in Krisenzeiten, in denen zwischen den EU-Mitgliedstaaten besonders hart um das Budget der Union gerungen wird - wie es derzeit wieder der Fall ist - wesentliche Hilfen, bedeuten zielgerichtete Ausgaben doch oftmals auch Einsparungen. Der Europäische Rechnungshof hat im vergangenen Jahr neben den beiden Jahresberichten über den EU-Gesamthaushaltsplan und den Europäischen Entwicklungsfonds auch 50 besondere Jahresberichte zu den EU-Agenturen und dezentralen Einrichtungen verfasst, 25 Sonderberichte über spezifische Problematiken und zehn Stellungnahmen und sonstige Empfehlungen etwa für die Verbesserung der Buchführung. Die 87 Publikationen sind ein Rekord, der auch darauf zurück zu führen ist, dass das Organ im Rahmen des europäischen Finanzrahmens 2014-2020 zu zahlreichen Gesetzesvorschlägen konsultiert wurde.

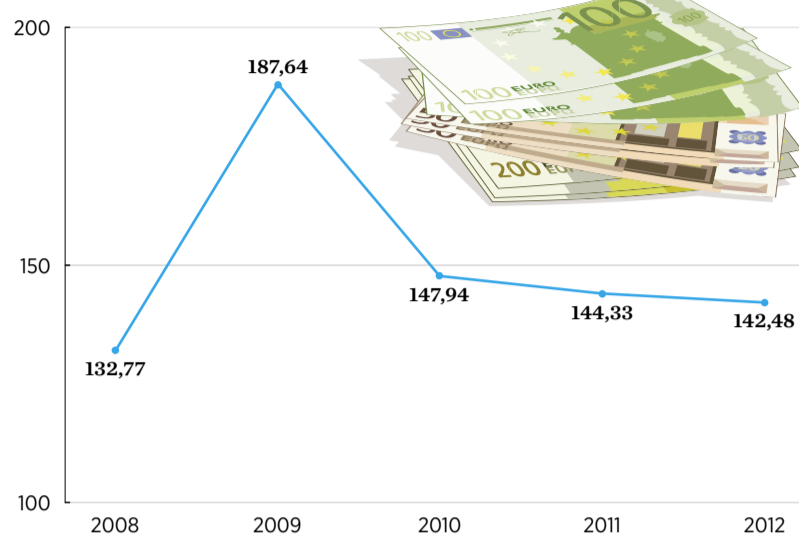
Die Prüfvorgänge finden natürlich in den meisten Fällen vor Ort statt. Im Jahr 2012 verbrachten die fast 500 Prüfer des Hofes insgesamt 6.816 Tage mit Prüfungen vor Ort - 6.054 in EU-Mitgliedstaaten und 762 außerhalb der EU, von Ägypten bis Usbekistan. Eben überall, wo EU-Gelder hin fließen.

Luxemburg hat der Rechnungshof, an dessen Reform seit geraumer Zeit überlegt wird, als Hauptstandort natürlich besonders geprägt. Erst vor einigen Monaten wurde eine neue Erweiterung des Hauptquartiers fertig gestellt. Der Wächter über die europäischen Finanzen „est là pour durer“.

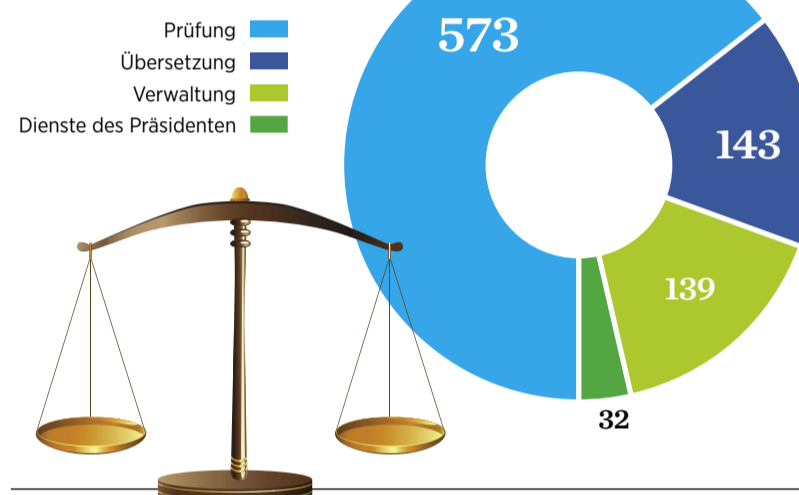
CLAUDE KARGER

### DER HÜTER DER STEUERGELDER IN ZAHLEN

#### 0,1% DER GESAMTAUSGABEN DER EU



#### HORT DER PRÜFER



**OBEN** Der Rechnungshof wird aus dem Gesamthaushaltsplan der EU finanziert. Auf den Haushalt des Hofes entfallen rund 0,1% der Gesamtausgaben der EU und 1,72% der gesamten Verwaltungsausgaben

**UNTEN** Zusammensetzung des Mitarbeiterstabs des Europäischen Rechnungshofs. 51% der Mitarbeiter sind Männer, 49% Frauen

Quelle: Europäischer Rechnungshof

### KLOERTEXT - DEMOKRATIE

## Demokratieverständnis früh fördern

**Das Wahlalter auf 16 senken, die Wahlpflicht abschaffen oder das Ausländerwahlrecht einführen: Unterschiedlichste Forderungen und Reformvorschläge prägen den politischen Diskurs zum Wahlgesetz in Luxemburg. Doch reicht es nicht, lediglich die Hürden abzuschaffen und den Zugang zur Wahlurne für alle zu erleichtern. Die Öffnung des Wahlrechts muss auch an Kriterien gekoppelt werden. Wie kann das Demokratieverständnis früh gefördert werden, damit eine aktive Beteiligung in der Gesellschaft für alle möglich wird?**

„Um seiner Pflicht als BürgerIn nachzukommen, muss der Zugang zu Informationen und Bildung für alle frei zugänglich sein. Dies fängt bereits in der Schule an. Im Zuge einer Senkung des Wahlalters muss auch über eine bessere politische Bildung in der Schule diskutiert werden, sowohl im theoretischen als auch im praktischen Sinne. So muss politische Bildung auf dem Stundenplan von allen SchülerInnen stehen, und genauer über das politische System und den demokratischen Prozess aufgeklärt werden. SchülerInnen sollen Demokratie und Mitspracherecht näher gebracht werden, damit sie bewusst Verantwortung übernehmen.“

Hierzu müssten Schulen und die Universität demokratisiert werden: Es muss allen SchülerInnen und StudentInnen möglich sein, aktiv an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen und die eigene Meinung zu vertreten. Die hegemoniale und intransparente Entscheidungspoli-

tik des Rektorats muss einem partizipativen und luziden Prozess weichen. Die systematische Anerkennung der „Schülercomités“ und StudentInnenorganisationen und deren Integration in die administrativen Prozesse würde die Stimme der SchülerInnen und StudentInnen nicht nur stärken, sondern ihnen auch praktische Erfahrungen in Politik und Demokratie ermöglichen - denn auch verlieren können will gelernt sein.

Aber auch Erwachsene müssen einen besseren Zugang zu politischer Bildung haben. So wäre die Einführung einer „Zentrale für politische Bildung“, wie sie bereits in Deutschland existiert, ein erster wichtiger Schritt für die Politisierung der Bevölkerung. Politische Bildung ist der Schlüssel für eine partizipative Bevölkerung, die weiter gestärkt werden muss. Denn: Demokratie lässt sich lernen.

Auch die Rolle der Medien im Bildungsprozess muss gefördert werden: Die Presse muss sich ihrer aufklärerischen Rolle stärker bewusst werden und diese auch gezielter umsetzen. So könnten beispielsweise Politiksendungen oder Zeitungen und Zeitschriften besser an das unterschiedliche Zielpublikum angepasst werden. Die Presse trägt maßgeblich zur politischen Bildung bei. Diese aufklärende Rolle soll sie nicht nur im Wahlkampf einnehmen, sondern auch während den Legislaturperioden. Bei der Berichterstattung um die SREL- und „Bommeleer“-Affären hat sie bereits gezeigt, wie es gehen kann.“



**CLAUDE BIVER**  
déi jonk gréng  
(@PandaClaude)  
<http://www.cbiver.eu/>

„Demokratie lässt sich lernen“